# Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 36 mm breite Zeile kostet 0.30 Goldmark, für auswärts 0.35 Goldmark, für das Ausland 0.50 Goldmark. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet 1.50 Goldmark, für auswärts 2.00 Goldmark. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.10 Goldmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten 1 G.-Mark. Postbezug für Monat Mai 2.00 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich č Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 3.90 Goldmark, nach dem Auslande 1.20 Goldmark. Einzelnummer 10 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 117 — Mittwoch, 20. Mai 1925 — XXXIII. Jahrg.


# Warnung Stresemanns an die Welt

**Ueberspannt den Bogen nicht! — Neuer Versuch Amerikas, seine Schulden einzutreiben — Schwierige Lage der Franzosen in Marokko**

## Ein ehrlicher Engländer

Telegramm unsres Korrespondenten

w. London, 19. Mai

Stresemanns gestrige Rede wird in hiesigen diplomatischen Kreisen als eine Warnung an die Alliierten vor Ueberspannung des Bogens in der Kölner Räumungsfrage und bei den Sicherheitsverhandlungen angesehen. An leitender Stelle ist eine gewisse Ungeduld über die französischen Verzögerungsmethoden bemerkbar. Die französischen Gerüchte über angebliche Rücktrittsabsichten des englischen Außenministers haben zu der Verstimmung beigetragen. Die an Frankreich gerichteten, ziemlich ernsten Ermahnungen des gewöhnlich vom Foreign Office inspirierten diplomatischen Mitarbeiters des „Daily Telegraph" bilden augenscheinlich eine Art Erwiderung auf diese Gerüchte. In politischen, sogar in ministeriellen Kreisen, sagt „Daily Telegraph", sei eine deprimierte Stimmung, ja sogar eine gewisse Verdrossenheit im Entstehen begriffen infolge der langsamen und fortwährend unterbrochenen Verhandlungen über die Sicherheitsfrage und die deutsche Entwaffnung. Die vielen, nach Ansicht britischer Autoritäten unnötig vorgebrachten Einwendungen und Bedingungen müßten diese Stimmung erzeugen. Chamberlain versuche etwas für die Befriedung Europas zu tun. Die kontinentalen Nationen sollten ihm daher nicht ununterbrochen Hindernisse in den Weg legen. Man hoffe, daß die Noteinote an Deutschland in der Räumungsfrage jetzt endlich fertiggestellt sei. Die Forderungen an Deutschland seien positiv und streng. Auch hier habe England nicht an sich gedacht; **denn alle englischen Sachverständigen hielten Deutschland bereits im wesentlichen für entwaffnet.**

Einen interessanten Beitrag zur englischen Auffassung der gegenwärtigen politischen Lage im Deutschen Reich liefert ein Brief an die „Times", der von dem englischen Oberkommissar in Köln, Julian Piggott, herrührt. Die „Times" drucken ihn an hervorragender Stelle ab. Der Kommissar hebt hervor, daß die freundlich gehaltenen „Times"-Artikel über Hindenburgs Wahl die Mißverständnisse zwischen Deutschland und England beseitigen sollten. Seit fünf Jahren habe er in bevorzugter Stellung die langsame Bewegung des Steuerrades der europäischen Politik um eine volle Umdrehung beobachtet. Für denjenigen, der die wechselnden Phasen der Rheinlandpolitik der letzten fünf Jahre durchlebt hat, sei **die innerdeutsche Entwicklung die unvermeidliche Folge des Ergebnisses der interalliierten Politik.** „Fern sei es von mir", heißt es wörtlich weiter, „die Rheinlandpolitik französischer Kabinette von Clémenceau bis Poincaré kritisieren zu wollen. Die Besetzung Frankfurts im Jahre 1920, die von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort im Jahre 1921, schließlich der Einbruch in die Ruhr, die Besetzung der „Flaschenhälse" von Offenburg und Appenweiler, die wirtschaftliche Zerreißung Deutschlands durch die Zollgrenze am Rhein und die amtliche Unterstützung der schamlosen Separatistenkrawalle sprechen eine beredte Sprache. Es wird immer behauptet, daß „der böse Wille des Reiches" diese schroffen Maßregeln mehr als gerechtfertigt habe. Aber Deutschland wurde während dieser Jahre von einer Reihenfolge schwacher Schattenregierungen geführt ohne Prestige und Autorität unter wohlmeinenden sozialistischen oder zentrosozialistischen Kanzlern". **Die Geschichte wird entscheiden, ob Poincaré, als er in die Ruhr einmarschierte, den Willen zur Zahlung oder zu Hindenburg schuf."**

## Was will Deutschland?

**Die Ziele und Möglichkeiten künftiger deutscher Außenpolitik**

Die großen Ziele der jetzigen deutschen Außenpolitik sind die Beseitigung der schwankenden, unsicheren, labilen Grenz- und Rechtsverhältnisse an der deutschen Westgrenze und die Ostarbeit auf eine Revision der ungerechten und sinnwidrigen deutschen Ostgrenzen. Beide Fragen standen denn auch natürlich im Mittelpunkt der gestrigen großen Rede Dr. Stresemanns.

Ueber sie werden heute und morgen in der Aussprache die Vertreter der einzelnen Parteien mehr oder auch weniger kluge, mehr oder auch weniger tiefgründige Worte zu sagen haben. Der Schwerpunkt dürfte — die Spuren früherer Reichstagsdebatten schrecken — wohl auf dem „weniger" liegen. Um so mehr als der Zeitpunkt zu einer großen Aussprache uns nicht besonders glücklich gewählt erscheint. Es war zwar höchst notwendig, wieder einmal nach verhältnismäßig langer Zeit etwas über die außenpolitischen Richtlinien der Regierung zu vernehmen und Gelegenheit zu haben, sich dazu zu äußern, aber die Rede des Außenministers und die ihr folgende Debatte hätten festeren Boden unter den Füßen gehabt, wenn man die bevorstehende Note der Entente in der Räumungsfrage, die ja nun glücklich im Laufe dieser Woche verschickt werden soll, abgewartet hätte.

So sind wir über den voraussichtlichen Inhalt dieser Note nur durch einige Indiskretionen englischer und französischer Blätter orientiert. Infolgedessen besteht die Gefahr, daß unnütz zum Fenster hinaus geredet wird, da kein Mensch sicher weiß, was eigentlich in diesem Dokument stehen wird. Kommt die Debatte auf der einen Seite also zu früh, so kommt sie auf der andern zu spät, um noch irgendwelchen Einfluß auszuüben auf die Verhandlungen zwischen London und Paris, gerade über den wichtigsten und aktuellsten Punkt deutscher Außenpolitik: über die Frage der deutschen Abrüstung und der Räumung der nördlichen Rheinlandzone.

### Eine bittere Satire

Dr. Stresemann bezeichnete die Geschichte der bevorstehenden Note mit Recht als eine einzige bittere Satire. Ein halbes Jahr länger, als im Friedensvertrag von Versailles festgesetzt war, stehen jetzt die Ententetruppen in der nördlichen Rheinlandzone, und bis heute noch wissen wir nicht, warum sie dort bleiben. Bis heute noch sind die Anschuldigungen, auf Grund deren man die Räumung hinauszögerte, Deutschland nicht mitgeteilt worden. Deutschland wurde verurteilt, ohne das Anklagematerial zu kennen und ohne Gelegenheit zu haben, sich zu verteidigen. Mit kräftigen und knappen Worten wies der Minister gestern die Verquickung von Abrüstungsverfehlungen und Räumung von sich. Hier steht das gesamte deutsche Volk hinter ihm. Ueber diesen Punkt gibt es keine Meinungsverschiedenheit. Das gesamte deutsche Volk ist nicht mehr gewillt, sich auf die Dauer als den Paria unter den Nationen behandeln zu lassen, gegen den jedes Mittel gerecht ist.

In Paris war man dieser Tage so gütig, unter leisem englischen Druck zu erklären, die Nichterledigung der Räumungs- und Rüstungsfrage sei kein Grund, Deutschland nicht in den Völkerbund aufzunehmen. Der deutsche Reichsaußenminister hat es wohl für alle Welt klar und deutlich gemacht, daß Deutschland nicht daran denkt, in den Völkerbund einzutreten, solange die vertragsmäßige Räumung der nördlichen Rheinlandzone nicht durchgeführt ist.

Da England, wenn man den letzten Nachrichten der Londoner Presse glauben darf, bei der Abfassung der Entwaffnungsnote dem französischen Standpunkt die größtmöglichen Konzessionen gemacht hat — obwohl hervorragende englische und auch amerikanische Fachleute einmal übers andre erklärt haben, Deutschland sei völlig entwaffnet —, so muß England die Erfüllung seines sehnsüchtigen Wunsches, Deutschland im Völkerbund zu sehen, noch ein wenig hinausschieben. Es trägt dann selber die Schuld, wenn der Völkerbund weiter ein reines Instrument der Siegerstaaten bleibt.

Dr. Stresemanns Rede beweist, daß Deutschland sich wohl bewußt ist, daß es als Mitglied des Völkerbundsrates eine aktivere Rolle in der Weltpolitik spielen könnte, und daß prinzipielle Gründe gegen den Eintritt nicht mehr bestehen. Fügt man aber jetzt Deutschland in der Kölner Frage eine neue Demütigung zu, so ist die Frage eines Eintritts Deutschlands in den Völkerbund für dieses Jahr und vielleicht für alle absehbaren Zeiten erledigt. Damit wäre die Aussicht auf eine allmähliche Entgiftung der politischen Atmosphäre Europas verschwunden. Der frühere englische Unterrichtsminister Fisher ließ dieser Tage in einem Leitartikel der „Neuen Zürcher Zeitung", der deutlich an die Adresse Frankreichs gerichtet war, durchblicken, daß bei einer Fortsetzung der bisherigen Methoden europäischer Politik Deutschland zwangsläufig genötigt werde, sich anderswohin zu orientieren. Anderswohin — das heißt nach Osten, nach Rußland.

Machen wir uns die internationale Situation einmal klar: Die Aeußerungen der russischen Staatsmänner lassen keinen Zweifel darüber stehen, daß man in Moskau eine derartige Entwicklung wünscht. Rußland hat kein Interesse an der Konsolidierung des Abendlandes. Deswegen hat man in Moskau in den letzten Tagen fast drohende Warnungen vor Eintritt in den Völkerbund und Abschluß des von Dr. Stresemann vorgeschlagenen Sicherheitspaktes nach Berlin gerichtet. Eine solche Sprache hat Rußland wohl niemals mit Deutschland zu führen gewagt seit den Tagen Nikolaus I. in der Zeit der unbedingten Präponderanz russischen Einflusses im Deutschen Bunde nach dem Abschluß des Wiener Kongresses.

Der Standpunkt Moskaus ist leicht zu erklären. Schärfer denn je hat sich der russisch-englische Konflikt zugespitzt. Moskau wünscht sich die wertvolle Figur Deutschland auf dem diplomatischen Schachbrett zu erhalten. Bei Eintritt in den Völkerbund würde diese Figur verloren gehen, oder zum mindesten an Wert stark einbüßen.

### Die logischen Konsequenzen des Dawes-Planes

Noch mehr natürlich bei Abschluß eines wirklich alle Teile befriedigenden Sicherheitspaktes! Dieser Sicherheitspakt ist das logische Ergebnis des Dawes-Planes. Wer den Dawes-Plan will, muß auch den Sicherheitspakt wollen. Wer den Dawes-Plan verdammt, verdammt auch den Sicherheitspakt. Der Dawes-Plan war die zur Zeit bestmögliche Form, das ökonomische Chaos des Abendlandes zu beseitigen. Der Sicherheitspakt muß, wenn er wirklich diesen Namen mit Recht tragen will, der bestmögliche Weg sein, dem politischen Chaos zu steuern.

Beide bedingen einander. Kommt der Sicherheitspakt nicht zustande, so ist es schlecht bestellt um die Aussichten des Dawes-Planes. Das hat man in Amerika erkannt und sucht deswegen inoffiziell die Verhandlungen über den Sicherheitspakt zu beschleunigen. Das haben aber auch die Kommunisten erkannt, und deswegen bekämpfen sie den Sicherheitspakt mit den gleichen Mitteln wie einst den Dawes-Plan.

Der Sicherheitspakt wäre die Entscheidung Deutschlands für den Westen. Er wäre das einzige Mittel, das abendländische Kultur- und Wirtschaftssystem, das der Weltkrieg so schwer erschütterte, noch einmal zu konsolidieren. Die russische Internationale, deren Lebensaufgabe die Zerstörung dieser Wirtschafts- und Kulturwelt ist, würde die schwerste und entscheidendste Niederlage erleiden. Der Kreml meint zwar, durch die stetige Wiederholung seiner Dementis die Welt glauben machen zu können, es bestehe keine Verbindung zwischen der russischen Regierung und der Komintern. Das glaubt ihm niemand. Die jetzige russische Regierung hat nur dann Aussicht, ihre Lage dauernd zu festigen, wenn die Situation in Mittel- und Westeuropa weiterhin so labil und unsicher bleibt wie bisher.

### Der kommende Entscheidungstag

Dr. Stresemann hat gestern wieder auf die geographische Lage Deutschlands hingewiesen, die ihm eine Mittlerrolle zwischen Osten und Westen zuschreibe, und betont, es könne sich für Deutschland nicht um grundsätzliche Orientierung seiner Politik nach der einen oder andern Seite des Kontinents handeln. Aber Deutschland muß wissen, was es will! Einmal kommt der Tag, wo es sich entscheiden muß, wohin es sich orientieren will.

Was will Deutschland? Vor dem Kriege wollte es alles und jenes, aber nichts ganz und klar,

## Das Echo der Rede Stresemanns

**Zustimmende Aufnahme in allen Parteilagern**

Von unserm B.-Mitarbeiter

Berlin, 19. Mai. (Eig. Bericht)

Es ist geraume Zeit her, daß man den Reichsaußenminister vor dem Plenum des Reichstages hat sprechen hören. Man verrät auch kein Geheimnis mit der Tatsache, daß dieser Verzicht weniger der eigenen Entschließung, als dem Wunsche des Reichskanzlers entsprach. Um so erwartungsvoller sah man der heutigen Etatsrede Stresemanns entgegen, obwohl eigentlich nicht angenommen werden konnte, daß sie über die uns zu tiefst bewegenden Fragen, nämlich die des Räumungskonfliktes und des Sicherheitspaktes neue Aufschlüsse bringen würde. Das ist denn auch in der Tat nicht geschehen. Ueber beide Probleme hat man bisher unter Ausschluß Deutschlands verhandelt. Mit welchem Ergebnis, wissen wir vorerst noch nicht. **Vergebens sucht man in den Ausführungen Dr. Stresemanns nach einem tröstlichen Hinweis.** Man konnte den Eindruck gewinnen, daß die trüben Befürchtungen, wie sie durch die jüngsten Aeußerungen der Alliiertenpresse genährt werden, keineswegs von der Hand zu weisen sind, daß also Frankreich unter stummer, wenn auch widerwilliger Duldung Englands es wiederum durchgesetzt hat, einen Wall zu errichten, von dem man noch nicht sagen kann, wie wir ihn überwinden sollen. Der Appell an die moralische Durchhaltekraft des Rheinlandes, das schon so viel um des Reiches willen gelitten, läßt **sogar vermuten, daß man im Auswärtigen Amt auf das Schlimmste gefaßt ist.**

Diesen Eindruck zu verstärken, trug noch ein äußerlicher Umstand bei: Dr. Stresemann war an das Manuskript gebunden, das er fast wortgetreu, Blatt für Blatt zum Vortrag brachte. Die physische Qual, die ihm diese Zwangsverrichtung erfichtlich bereitete, übte naturgemäß ihre Rückwirkung auf die Hörer aus. Der Genuß einer rhetorischen Glanzleistung, wie man sie bei Stresemann gewohnt ist, blieb ihnen diesmal versagt. Aber vielleicht war es gut so. **Auch im Ausland wird man die Rede als ein Produkt nüchternster Erwägungen** werten müssen. Für impulsive Eingebungen des Augenblicks war kein Spielraum gegeben. Der Vorwurf persönlicher, allzu persönlicher Politik, den Dr. Stresemann in letzter Zeit sich mehrfach gefallen lassen mußte, findet an diesem Exposé keine Zielscheibe. Der Wille des Gesamtkabinetts, vornehmlich wohl der seines Leiters, hat sich durch den Mund des Außenministers kund.

Das Organ des Außenministers, die „Zeit", gibt heute, nachdem sie konstatiert hat, daß von Herrn Dr. Stresemann gestern **die Kontinuität unsrer Außenpolitik klar und deutlich betont** worden sei, der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Echo auf die gestrige Ministerrede in lebhafte Zustimmung zu der Außenpolitik der Regierung ausklingen würde. Das ist wohl ein wenig zu sanguinisch ausgedrückt. „Lebhaft" wird die Zustimmung kaum werden. Aber an der Tatsache solcher Zustimmung selber wird im großen und ganzen man nicht zu zweifeln brauchen. Die heutige Berliner Morgenpresse ist dafür schon ein leidlicher Gradmesser. Das „Berliner Tageblatt" gibt im allgemeinen eine günstige und gütige Kritik, ebenso die „Vossische Zeitung".

Die **„Germania"** erklärt: „Stresemanns Außenpolitik, von der man sagen kann, daß sie im Grunde genommen **das deutsche Volk von Hindenburg bis zum linken Flügel der Sozialdemokratie in geschlossener Linie hinter sich hat,** dürfte im Reichstag keiner besonderen Kritik begegnen."

**Aus dem „Vorwärts"** klingt der nämliche Ton: „Der gesamte Inhalt dieser Rede ist: Fortführung der Außenpolitik, die von den republikanischen Regierungen betrieben worden ist. Die Regierung des Rechtsblocks kann keine andre Außenpolitik betreiben."

Im großen und ganzen ist auch das **Echo, das von rechts her kommt,** freundlich, aber die verschiedenen Nebentöne, die da und dort dazwischen aufschrillen, zeigen doch schon, daß die Hoffnungen der „Zeit" auf die „lebhafte Zustimmung" sich nicht ganz erfüllen werden. Am freundlichsten äußert sich die „Deutsche Tageszeitung". Etwas kühler ist die „Kreuzzeitung", die immerhin so gütig ist zuzugeben, daß der Reichsaußenminister das Bestreben gezeigt hätte, „den Wahrnehmungen der „Kreuzzeitung" und der Rechten in gewisser Weise Rechnung zu tragen". Die „Deutsche Zeitung" aber spricht sich erregt gegen Stresemann aus. Stresemann habe durch seine Berufung auf Hindenburg die öffentliche Meinung irreführen wollen. „Durch seine gestrigen Ausführungen im Reichstag hat er erneut und klar bewiesen, daß er voll und ganz auf Verzicht eingestellt ist und auf diese Weise auch noch die letzten Machtmittel, die wir haben, preisgibt." Das Blatt verzichtet natürlich auf Entwicklung seines eigenen Programms und drückt sich vorsichtig um den Nachweis, wie man es besser machen sollte, herum.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19250520/1